

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

"Situation in Asien stimmt hoffnungsvoll; Chinas Schicksal wird nie das der UdSSR sein"

Bei einem Australienbesuch sprach Außenminister Qian Qichen am 19. Juni von einer "ermutigenden Situation in Asien". Der Kontinent trete in ein neues historisches Zeitalter "relativer politischer Stabilität und anhaltenden Wirtschaftswachstums". Die bipolare Situation der Nachkriegszeit, die durch die amerikanisch-sowjetische Konfrontation gekennzeichnet gewesen sei, gehöre der Vergangenheit an und befände sich auf dem Übergang zur Multipolarität.

Zwar habe die Disintegration der früheren Sowjetunion zu einer Reihe instabiler Entwicklungen geführt, und auch die Situation in Europa sei "turbulenter" geworden. Im großen und ganzen könne man mit der heutigen Situation in Asien jedoch sehr zufrieden sein. Als Beweis dafür führte Qian das "Ende des Blutvergießens in Kambodscha" (sic!), das Nachlassen der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel und den "Durchbruch zu einer politischen Lösung in Afghanistan" an (XNA, 20.6.92). Qian konnte nicht ahnen, daß schon eineinhalb Monate später die Gefechte in Kabul wieder voll ausbrechen und zu einem bisher nie gekannten Ausmaß an Blutvergießen führen könnten.

Asien befinde sich auch auf einem vielversprechenden Wachstumskurs und habe in den letzten Jahren höhere Wachstumsraten erzielen können als der Weltdurchschnitt. Der Kontinent sei dadurch zur "dynamischsten Region der Weltwirtschaft" geworden.

Die meisten Länder Asiens seien an "Frieden und Entwicklung der Region" interessiert und hielten sich an die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Erfreulicherweise habe Australien in den letzten Jahren ebenfalls engere wirtschaftliche Beziehungen zu Asien geknüpft. Qian würdigte auch den Ausspruch des australischen Ministerpräsidenten Paul Keating, daß "Australiens Zukunft in Asien liegt" (XNA, 20.6.92).

Qian führte Gedankengänge dieser Art auch bei seinem Besuch in Neuseeland fort. Dabei erwähnte er, daß China sich einer stabilen politischen Lage und einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung erfreue und daß es schon deshalb keineswegs in den Sog der "fallenden Dominos" hineingezogen werde: China werde zu keiner zweiten Sowjetunion! (XNA, 16.6.92) Die frühere Sowjetunion habe eine "hegemonistische und expansionistische Politik verfolgt und sich in den Aufrüstungswettlauf hineinziehen" lassen. Demgegenüber sei China stets an einer unabhängigen und friedlichen Außenpolitik interessiert gewesen und habe auch nie nach Hegemonie getrachtet. Wegen dieser seiner friedlichen Haltung sei China ja auch 30 Jahre lang von der Sowjetunion kontinuierlich angegriffen worden, und es habe beiderseits der gemeinsamen Grenzen nicht immer nur kalten, sondern bisweilen auch heißen Krieg gegeben - man denke an die zahlreichen militärischen Zusammenstöße.

Ein weiterer Unterschied zwischen der früheren Sowjetunion und China habe darin bestanden, daß es in der UdSSR nur eine einzige Partei gegeben habe, während es in China ein "System der Zusammenarbeit zwischen mehreren Parteien und ein System politischer Konsultation" gebe (sic!). Wörtlich: "Chinas acht demokratische Parteien nehmen samt und sonders an den Entscheidungen über die Staatsangelegenheiten teil. Die acht Parteien stehen mit der KPCh in einem Verhältnis langfristiger Koexistenz, gegenseitiger Beaufsichtigung und gleicher Behandlung."

Auch ethnisch habe es zwischen der alten Sowjetunion und China beträchtliche Unterschiede gegeben: Die nicht-russischen Völker hätten in der alten Sowjetunion etwas über 50% ausgemacht. Darüber hinaus habe es zwischen den verschiedenen Ethnien dauernde Konflikte und Streitigkeiten gegeben, die letztlich ein Ergebnis des "großrussischen Chauvinismus bei der Behandlung der Minderheitenfragen" gewesen sei. In China machten die Minderheiten demgegenüber nur 8% der Gesamtbevölkerung aus, und überdies würden alle ethnischen Gruppen gleichbehandelt und nähmen auch in gleicher Weise an den wirtschaftlichen Fortschritten teil - so die idyllische Schilderung Qians: kein Wort von den Problemen in Tibet und Xinjiang!

Nicht zuletzt aber habe sich China auch wirtschaftlich von der alten Sowjetunion beträchtlich unterschieden. Die UdSSR habe ein hochzentralisiertes System betrieben, während die VR China im Zuge ihrer Reformen Dezentralisierung und vielfache Formen des Eigentums, nicht zuletzt auch Betriebsautonomie und kontrollierte Märkte eingeführt habe. Der "Reform- und Öffnungskurs" habe dazu geführt, daß China zwischen 1980 und 1990 jährlich einen BIP-Zuwachs von 9% habe verzeichnen können (XNA, 16.6.92).

Wenig wäre besser gewesen! -we-

* (2)

Anerkennung Bosniens und Herzegowinas "zu geeigneter Zeit"

Am 25. Juni gab ein Sprecher des Außenministeriums bekannt, daß China Bosnien und Herzegowina anerkennen wolle, sobald die Zeit dafür reif sei. Anlaß für diesen Schritt war ein "inoffizieller" Besuch des Außenministers von Bosnien und Herzegowina am 24. Juni 1992, wobei der Minister Gast des "Chinesischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten" war (XNA, 26.6.92).

Die Anerkennung von Kroatien und Slowenien ist am 12. und 13. Mai erfolgt; die Beziehungen mit Belgrad bestehen weiter.

In der Jugoslawien-Frage sitzt China zwischen allen Bänken: Zum Staat Titos hatte es jahrzehntelang ein höchst zwiespältiges Verhältnis eingenommen.

men: angefangen von offenen Anfeindungen aller Art bis hin zu einer Art Modell-Freundschaft, die einsetzte, nachdem Tito höchstpersönlich Ende der 70er Jahre die VR China besucht hatte: jede Nuance war hier vertreten! Auch nach dem Ableben Titos blieb Beijing bei seinen Demonstrationen der Freundschaft gegenüber Jugoslawien.

Der ausbrechende Bürgerkrieg hat die Regierung der VRCh überrascht und sie in Verlegenheit gestürzt. Zunächst beschloß Beijing, den Kopf in den Sand zu stecken und so zu tun, als wäre dort alles noch beim alten.

Die Initiative Bonns und die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die deutsche Regierung schufen jedoch eine neue Situation und brachten auch China in Zugzwang. Verärgert äußert sich Beijing folgendermaßen: "Deutschland hat sich ... (in der Jugoslawien-Frage) in besonderer Weise hervorgetan. Es ist kein Geheimnis, daß Bonn hofft, durch eine Intervention seine eigenen Interessen fördern zu können. Man ist allgemein der Meinung, daß Deutschland eine entscheidende Rolle bei der Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch die EG gespielt hat. Die Sanktionen durch die UN und die erwogenen militärischen Interventionen kommen alle den deutschen Interessen entgegen. Die aggressive Jugoslawien-Politik Deutschlands stößt aber auf das Mißfallen und Mißtrauen der EG-Partner. Schwächere Nationen fürchten, daß Deutschland im europäischen Integrationsprozeß eine Vormachtstellung gewinnen könnte; man versucht deshalb, den deutschen Unternehmungen entgegenzuwirken. Solche Unstimmigkeiten aber schwächen die Schlagkraft der EG. Frankreich hat seine Unabhängigkeit dokumentiert. Paris besteht darauf, daß die Situation sehr vielschichtig sei und daß alle betroffenen Parteien eine Verantwortung tragen." Serbien dürfe nicht alleinige Zielscheibe sein. Am Ende aber sei dann auch Frankreich auf die Bonner Haltung eingeschwenkt - mit der Folge, daß alle zwölf EG-Staaten am 11.Mai entschieden, ihre Botschafter aus Belgrad zurückzurufen (BRu 1992, Nr.31, S.9 f.). Auch Slowenien und Kroatien seien von den EG-Staaten diplomatisch anerkannt worden.

Sogar die USA hätten in der Zwischenzeit ihre Haltung geändert. Als Deutschland im Dezember 1991 die beiden neuen Staaten anerkannte, habe man sich in Washington noch ablehnend verhalten. Im April aber habe Washington dann Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina ebenfalls anerkannt.

China glaubt hinter dem Gesinnungswandel vor allem der europäischen Staaten eine Gemeinsamkeit erkannt zu haben - nämlich die Angst vor einem neuen Flüchtlingsstrom aus dem ehemaligen Jugoslawien. Außerdem könne Druck auf Jugoslawien dazu führen, daß die "letzte kommunistische Bastion in Europa" zusammenbreche, und schließlich hoffe der Westen, bei einer Intervention Erfahrungen sammeln zu können, die ihm in möglichen kommenden Krisensituationen von Nutzen seien (sic!) (ebenda, S.10).

Trotz allen Zauderns aber sah sich dann schließlich auch die Volksrepublik veranlaßt, am 12. und 13.Mai mit Slowenien und Kroatien Kommunikationsübertragungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu unterzeichnen (Näheres dazu C.a., Mai 1992, Ü 1). Auch auf die Entsendung von Blauhelmen hat sie sich in der Zwischenzeit einlassen müssen. Die angekündigte Anerkennung Bosniens-Herzegowinas ist ein weiterer Schritt in einer Richtung, die China nur mit dem Verstand, aber nicht mit dem Herzen vollzieht. -we-

*(3)

Gemischte Gefühle gegenüber Vietnam: Aussöhnungsgesten und Spratley-Frage

Chinas Verhältnis zur SRV hat sich seit der politischen Renormalisierung (November 1991) überraschend schnell verbessert: Wiederaufgenommen wurden der Handel, der Verkehr per Schiene, Schiff, Straße und Flugzeug und sogar die Zusammenarbeit im militärischen Bereich. So besuchte beispielsweise erstmals seit dem Bruch zwischen beiden Ländern, d.h. seit 1978, wieder eine chinesische Militärdelegation die SRV. Umgekehrt reiste eine Abordnung der vietnamesischen Volksarmee im März 1992 nach China (VNA in SWB, 9.3.92).

Der Grenzhandel blüht, die beiden kommunistischen Parteien besuchen sich regelmäßig (z.B. XNA in SWB, 9.3.92) und der Grenzhandel nimmt von Monat zu Monat an Intensität zu - mit der Folge, daß sich beispielsweise auch das Interesse vieler Bewohner der Autonomen Region Guangxi am vietnamesisch-Unterricht schlagartig erhöht hat (XNA, 3.6.92).

Sogar Ministerpräsident Li Peng wird demnächst die SRV besuchen, nachdem es im Februar 1992 zum ersten offiziellen Besuch eines chinesischen Außenministers beim südlichen Nachbarn gekommen war.

Inzwischen ist in China auch die "Chinesisch-Vietnamesische Freundschaftsvereinigung", die zwei Jahrzehnte lang kaum noch ein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, zu neuem Leben erweckt worden. Zum Präsidenten wurde Fu Hao, ein früherer Stellvertretender Minister, ernannt (XNA, 23.6.92).

Darüber hinaus ergeben sich Gemeinsamkeiten in Sachen "Sozialismus": Im Frühjahr 1991 hatte Deng Xiaoping sogar von einer "Sozialistischen Allianz", bestehend aus China, Sowjetunion, Mongolei, Vietnam und Nordkorea, gesprochen. Zumindest die Sowjetunion und die Mongolei kommen dafür mittlerweile nicht mehr in Betracht, so daß am Schluß für eine "Sozialistische Gemeinschaft" allenfalls noch China, Vietnam und Nordkorea übrigblieben.

Freilich sieht es nicht so aus, als ob Vietnam an einem Sonderverhältnis zum gefürchteten nördlichen Nachbarn China besonders interessiert wäre; vielmehr sind seine Bestrebungen heute eher auf eine Zugehörigkeit zur ASEAN und auf engere Kontakte mit dem Westen gerichtet. Keine Rede also von einer "Achse Beijing-Hanoi"!

Während sich auf der einen Seite die Atmosphäre aufhellt, kommt es auf der anderen Seite zu Verdüsterungen, und zwar vor allem in der Frage der Spratleys (chin.: Nansha, wörtl.: "südlicher Sand", vietn.: Truong Sa, wörtl.: "langer Sand").

Bereits im Februar 1992 hatte China verlangt, daß alle Schiffe, die zwischen den von China besetzten Paracel- und

den von ihm teilbesetzten Spratley-Inseln hindurchfahren, eine chinesische Passagierlaubnis benötigen.

Am 8. Mai 1992 kam es zwischen der "National Offshore Oil Company of China" und der amerikanischen Firma "Castrol" in der Großen Halle des Volkes in Beijing zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit bei der Exploration von Öl und Erdgas in einem mehr als 25.000 qkm großen Gebiet der Spratley-Region. Die Bohrungen sollen in einer Tiefe zwischen 300 und 700 m durchgeführt werden (CD, 9.5.92).

Dieses Gebiet, das rd. 440 km südöstlich der vietnamesischen Hafenstadt Vung Tao liegt, wird jedoch auch von den Vietnamesen beansprucht und gehört nach Meinung Hanois zur vietnamesischen Provinz Ba Ria-Vung Tao.

Bereits am 12. Mai 1977 hatte die SRV eine "Erklärung über die vietnamesischen Territorialgewässer, die angrenzenden Regionen, die souveränen Wirtschaftszonen und den Kontinentalschelf" abgegeben, derzufolge das hier in Betracht kommende Gebiet auf dem vietnamesischen Kontinentalschelf liegt, also mit den Spratleys gar nichts mehr zu tun habe. Ähnlich lautete eine weitere Erklärung Hanois vom 12. November 1982 über die "Bestimmung der Breite der vietnamesischen Territorialgewässer".

Vietnam weist im übrigen auch den Anspruch Taiwans auf Teile der Spratley-Inseln zurück (VNA in SWB, 27.5.92).

Ganz auf der Linie dieser Erklärungen protestierte Vietnam auch diesmal gegen das einseitige Vorgehen Chinas vom 8. Mai und verlangte eine sofortige Aufnahme von Gesprächen. In dieser Forderung sah es sich von anderen asiatischen Anrainerstaaten bestätigt, die ebenfalls Ansprüche auf einen Teil der Spratleys erheben, vor allem von den Philippinen und Malaysia. Vietnam glaubt, daß es sich hier nicht nur um einen bilateralen vietnamesisch-chinesischen, sondern um einen asiatischen Problemknoten handle, den es gemeinsam zu lösen gelte.

Durch den Beijinger Vertrag mit der US-Firma werde gegen die Souveränität Vietnams verstoßen. Die Erlaubnis an "Castrol" zur Exploration sei illegal (Radio Hanoi in SWB, 26.6.92).

Als eine Art Gegenantwort auf das chinesische Vorgehen ließ Vietnam auf dem von ihm besetzten Teil der Spratleys eine TV-Relaisstation einrichten, die von den auf den drei wichtigsten nördlichen Inseln der Spratleys stationierten vietnamesischen Truppenteilen genutzt werden soll.

Langfristig dürfte es keine andere Möglichkeit geben, als den Streit zwischen China, Vietnam, Taiwan, Malaysia, den Philippinen und Brunei auf der Basis des Status quo zu regeln.

In der Zwischenzeit sind in der Tat Vorstellungen von einer Demilitarisierung und gemeinsamen Entwicklung des Spratley-Bereichs durch eine gemeinsame "Spratley Authority" aufgenommen. Diese Condominiumsidee kann allerdings nur eine vorübergehende Lösung abgeben; früher oder später muß dann doch eine Aufteilung nach Maßgabe der bisherigen Defacto-Besitzverhältnisse erfolgen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil auch im Fall eines (fiktiven) Gerichtsverfahrens kein Gericht anders entscheiden könnte: Beweise über die Frage, wer die einst herrenlosen Inseln zuerst besetzt und damit unter Souveränität genommen hat, lassen sich ja mit präzisen historischen Argumenten nicht mehr führen!

Zu dieser friedlichen und "vernünftigen" Lösung gibt es langfristig nur eine Alternative, nämlich ein militärisches Vorgehen; in der Tat kam es ja 1988 zu einigen Zusammenstößen zwischen vietnamesischen und chinesischen Marineeinheiten. Ein gewaltsames Vorgehen der Chinesen würde jedoch das Mißtrauen der ASEAN-Staaten auf unberechenbare Weise steigern und zum Ruf eines "chinesischen Hegemonismus" führen.

Am 2. Juli 1992 erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß die Spratleys zwar seit Menschengedenken zu China gehörten, daß die Volksrepublik jedoch bereit sei, Vietnams Ansprüche zu erörtern.

China befürworte eine friedliche Entwicklung auf den Spratleys und eine "joint exploration of the islands" (XNA, 3.7.92). Allerdings dürfe dabei die "unanzweifelbare Souveränität Chinas über die Spratleys" nicht in Frage gestellt werden. Überdies wehre sich China gegen eine "Internationalisierung der Frage" (XNA, 17.7.92).

Anspruch auf die gesamte Gruppe oder auf Teile von ihr erheben China, Vietnam, Taiwan, die Philippinen, Malaysia und Brunei. Mit Ausnahme Bruneis haben alle übrigen Staaten dort Truppen stationiert. Im Bereich der Inselgruppe werden Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet. Außerdem ist das Südchinesische Meer von höchster strategischer Bedeutung, da sich dort sowohl der gesamte Ost-West-Verkehr vom Indik zum Pazifik als auch der Nord-Süd-Verkehr zwischen Japan und Südostasien abspielt.

Vom 17. bis 19. Juli besuchte der chinesische Außenminister Qian Qichen den ASEAN-Mitgliedstaat Brunei (XNA, 20.7.92); ob auch die Spratley-Frage dabei angesprochen wurde, ist nicht bekanntgemacht worden.

Im Anschluß an den Brunei-Besuch kam Qian Qichen dann noch nach Manila. Dort betonte er, daß China eine "gemeinsame Entwicklung im Südchinesischen Meer" befürworte und gleichzeitig dafür eintrete, daß die Streitigkeiten in dieser Region zurückgestellt werden sollten (XNA, 21.7.92). Er, Qian, sei überzeugt, daß sich alle regionalen Fragen auf friedlichem Wege lösen ließen.

Am 21. Juli betonte Indonesiens Außenminister, daß er hinsichtlich der friedlichen Lösung der Spratley-Frage durchaus optimistisch sei (XNA, 22.7.92). -we-

*(4)

Das Verhältnis zu Japan: Schatten der Vergangenheit und Licht der Gegenwart

a) Gedenkveranstaltungen zum Beginn des "Widerstandskriegs gegen Japan"

Anfang Juli 1937 kam es an der Marco-Polo-Brücke (30 km südwestlich von Beijing) zu einem Schußwechsel zwischen japanischen und chinesischen Truppen, der als "Lugouqiao-Zwischenfall vom 7. Juli" in die Geschichte eingegangen ist.

Zu dem "Zwischenfall" war es gelegentlich einer Übung japanischer Truppen nahe der Ortschaft Fengtai (südlich von Beijing) gekommen. Als sich die japanischen Einheiten den dort stationierten Truppen näherten, kam es zu Schießereien. Wer damit begonnen hatte, ist bis heute nicht ge-

klärt. Jedenfalls beschuldigen sich beide gegenseitig, das Feuer eröffnet zu haben. Die Chinesen warfen den Japanern vor, ohne erforderliche Genehmigung die Übung abgehalten zu haben. Die Japaner andererseits erklärten, sie seien aufgrund des Boxerprotokolls von 1901 dazu berechtigt gewesen.

In der sich entwickelnden diplomatischen Auseinandersetzung stellte Japan am 26. Juli 1937 der Republik China ein Ultimatum, demzufolge sie ihre Truppen aus dem Beijinger Gebiet abziehen sollte. Als die chinesische Regierung dieses Ansinnen ablehnte, begannen die Japaner mit Großangriffen.

Der "Lugouqiao-Zwischenfall", der den Beginn eines 8jährigen Angriffskriegs der Armee des Tenno gegen China einleitete und über 20 Millionen Chinesen das Leben kostete, jährte sich 1992 zum 55. Mal.

Aus diesem Grunde versammelten sich in Beijing ehemalige Generäle der KP- und der GMD-Armeen, ferner Schüler und Studenten der Hauptstadt sowie Li Ruihuan, Mitglied des Politbüros der KPCh, und der Parteivorsitzende von Beijing, Li Ximin, zu einer Veranstaltung (XNA, 7.7.92). U.a. sprach auch Jia Yibing, ein früherer GMD-General, der sich im Kampf gegen japanische Truppen ausgezeichnet hatte und später zu den Kommunisten übergegangen war.

Bei allen Anklagen, die gegen die japanische Aggression laut wurden, wiesen die einzelnen Redner aber doch auch darauf hin, daß 1992 auch ein Jahr sei, in dem sich die Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zwischen China und Japan zum 20. Mal jähre. Man müsse sich gegen eine "Wiedergeburt des japanischen Militarismus" zur Wehr setzen, solle zugleich aber auch optimistisch in die Zukunft blicken.

b) Chinesische Reparationsforderungen?

Die Wiederkehr des Jahrestags hat der japanischen Regierung diesmal einige Sorgen bereitet, nachdem am 15. März 1992 32 Abgeordnete aus "Chinas Kriegshauptstadt", Chongqing (also jener Stadt in Sichuan, wohin die GMD-Regierung 1938 geflohen war), den Antrag stellten, daß von Japan Kriegsentschädigungen gezahlt werden sollten, und zwar in Höhe von 180 Mrd. US\$. Die Volksversammlungen nicht

nur Sichuans, sondern auch Hebeis, Zhejiangs und Heilongjiangs sowie vier chinesischer Großstädte, die unter der japanischen Besatzung besonders zu leiden hatten, nämlich Wuhan, Chengdu, Harbin und Tianjin, hatten sich diesem Antrag angeschlossen.

Angeblich hat sich die chinesische Regierung zwar längere Zeit gegen solche Anträge verwehrt, doch sehe sie inzwischen keinen Grund mehr, warum sie sich ihnen noch länger entgegenstellen sollte (Bericht nach Kyodo in SWB, 18.3.92). In Tokyo hieß es, daß es "antijapanische Hardliner" seien, die hinter diesen Reparationsforderungen stünden. Sie wünschten Schadensersatz für den Tod vieler Chinesen, nicht zuletzt auch für die Opfer des Massakers von Nanjing (Kyodo in SWB, 10.3.92).

Demgegenüber sprach das japanische Außenministerium davon, daß die Entschädigungsfrage gegenüber China bereits "geregelt" sei. Die chinesische Regierung habe bei der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen i.J. 1972 auf Entschädigungen verzichtet (Kyodo in SWB, 11.3.92).

Seit Januar ist auch das Thema der von Japanern verschleppten "Trostfrauen" (comfort women) aufgekommen. Während des Zweiten Weltkriegs seien rd. 80.000 Chinesinnen und Koreanerinnen von der japanischen Armee gezwungen worden, in Militärbordellen tätig zu sein. Aus verständlichen Gründen hätten die überlebenden Opfer bisher Schweigen bewahrt. Die koreanische Seite hat bereits darauf hingewiesen, daß das japanisch-südkoreanische Reparationsabkommen von 1965 diese Frage nicht miteingeschlossen habe (dazu Kyodo in SWB, 21.1.92). Die chinesische Seite verhält sich demgegenüber zurückhaltend; möglicherweise wartet sie noch etwas zu, bevor sie in einem günstigen Augenblick auf diese heikle Frage zurückkommt.

c) Beiderseitige Besuche

Die chinesische Seite verhält sich in all diesen Fragen bemerkenswert zurückhaltend. Dies wurde nicht nur beim Besuch des japanischen Außenministers in Beijing im Januar 1992, sondern auch beim Besuch des chinesischen NVK-Präsidenten Wan Li im Mai 1992 deutlich, als beide Seiten die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen 20 Jahren betonten

(XNA, 27.5.92). Bei beiden Gelegenheiten brachte Japan sein wirtschaftliches Potential zur Sprache und sagte beispielsweise zu, daß Japan auch weiterhin günstige Kredite zur Verfügung stellen und der VR China bei der Entwicklung ihres Energiewesens helfen wolle.

Ähnliche positive Bekundungen hatte es beim fünftägigen Besuch des KPCh-Generalsekretärs Jiang Zemin vom 7. bis 11. April 1992 in Japan (XNA, 7., 8., 9. und 10.4.92) gegeben.

U.a. hatte Japan dabei ein drittes Paket von Krediten an China in Höhe von 700 Mrd. ¥ zugesagt.

d) Konfliktpunkte

Nach wie vor gibt es freilich auch Konflikte. So sprach Japan beim Besuch Jiang Zemins beispielsweise die chinesischen Waffenexporte, die mangelnde Zusammenarbeit in Umweltfragen und die Menschenrechtssituation in China an.

Auch in der Frage der zwischen China und Japan umstrittenen Senkaku (Diaoyutai)-Inseln gibt es Irritationen, da es hier nicht nur um grundsätzliche Territorialansprüche, sondern auch um Fischfanggründe und um Erdölvorkommen geht.

Im Februar 1992 hatte China ein Gesetz über die Zugehörigkeit der Diaoyutai-Inseln zur Volksrepublik erlassen.

Das japanische Außenministerium hatte daraufhin mit dem Gegeneinwand reagiert, daß das Gesetz zu einer recht ungünstigen Zeit komme und daß es überhaupt wenig angebracht sei, da "Senkaku" ja unzweifelhaft zu Japan gehöre (Kyodo in SWB, 28.2.92).

Auch beim Besuch Jiang Zemins in Tokyo wiederholte Ministerpräsident Miyazawa den japanischen Standpunkt, daß die Inseln ein Teil des japanischen Staatsgebiets seien.

Ein weiteres Thema, das in Beijing immer wieder hochkocht, sind Pläne der Regierung in Tokyo, japanische Truppen als Blauhelme ins Ausland zu entsenden. Aus historischen Gründen sei eine solche Entsendung eine "äußerst sensible Frage", kommentierte das chinesische Außenministerium diesen Plan. Japan solle sich dabei "weise"

verhalten. Als der Sprecher des Außenministeriums daraufhin gefragt wurde, was unter "weise" zu verstehen sei, erhielt er die salomonische Antwort: "Weise ist weise" (XNA, 12.6.92). Die japanische Regierung verstehe schon, was die chinesische Seite damit meine!

e) Steigendes Handelsvolumen

Im Gegensatz zu den politischen Verstimmungen ist es um die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen aber gut bestellt. So erreichte beispielsweise der Handelsaustausch zwischen beiden Seiten i.J. 1991 die Gesamtsumme von 20,2 Mrd.US\$ - gegenüber 1 Mrd. i.J. 1972 (XNA, 9.4.92). -we-

*(5)

Kritische Einstellung gegenüber Saddam Husseins "starrköpfiger" Haltung

Die in Hongkong erscheinende *Dagongbao*, das Sprachrohr Beijings in der Kronkolonie, brachte am 25.Juli anlässlich der Eröffnung der Olympischen Spiele in Barcelona einen Kommentar über den Widerspruch zwischen dem friedlichen Charakter des Sportereignisses und der kriegerischen Haltung des irakischen Präsidenten. Die UNO-Sonderinspektionskommission habe die irakische Regierung zu Recht beschuldigt, ihr keinen Zutritt zum Landwirtschaftsministerium erteilt zu haben, in dem wichtige Dokumente für kriegerische Pläne Iraks vermutet wurden. Der Irak möge sich bitte an die von ihm unterzeichneten Waffenstillstandsbedingungen halten, sonst schade das Land am Ende nur sich selbst. Niemand wünsche einen erneuten Bombenkrieg gegen den Irak - und auch die US-Regierung fände in dem z.Zt. stattfindenden Wahlkampf wohl kaum viel Unterstützung und Sympathie bei ihrer Bevölkerung, wenn sie die Angriffe wieder aufnehme. Saddam Hussein solle seine Halsstarrigkeit aufgeben.

Dieser Kommentar zeigt deutlich, wo Beijing steht. Hätte es daran noch einen Zweifel gegeben, so hätten die jüngsten Besucher Chinas hierfür Anhaltspunkte geliefert, die durchwegs aus der Anti-Saddam-Koalition stammten. Am 29.Juli beispielsweise kam ein Sondergesandter des Emirs von Kuwait nach China (XNA nach SWB, 1.8.92); am 4.Juli hatte der Stellvertretende iranische Außenminister

die VRCh besucht; am 8.Juli war eine Delegation der syrischen KP nach China gekommen (XNA in SWB, 10.7.92). Außerdem war es am 25.Juli zu chinesisch-türkischen Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gekommen (XNA, 26.7.92).

Nicht zuletzt aber auch hat China durch seine Mitarbeit im Ständigen Ausschuß des UNO-Sicherheitsrats deutlich gemacht, wie es mit seiner Haltung gegenüber dem Irak bestellt ist.

Hier ist von seiten Beijings also wirklich einmal eine klare Linie gezogen und ein deutliches Bekenntnis abgegeben worden! -we-

*(6)

China zeigt erneut Flagge in Afrika: Zum Besuch Yang Shangkuns in drei Ländern

Vom 30.Juni bis 12.Juli besuchte der chinesische Staatspräsident zusammen mit Außenminister Qian Qichen und dem Vizeminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel, Wang Wendong, drei Länder des afrikanischen Kontinents, nämlich Marokko, Tunesien und Elfenbeinküste.

Immer wieder hat es in der chinesischen Außenpolitik "große Annäherungen" an den schwarzen Kontinent gegeben:

1963/64 hatte Zhou Enlai sich auf "Safar" begeben und dabei zehn Länder besucht, nämlich Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien, Ghana, Mali, Guinea, Sudan, Äthiopien und Somalia. Der Akzent lag damals bei West- und Nordostafrika.

Dabei verkündigte er die später so berühmt gewordenen Acht Prinzipien der chinesischen Auslandshilfe:

(1) Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, (2) Entwicklungshilfe ohne Vorbedingungen, (3) Gewährung langfristiger und billiger Kredite, (4) Hilfestellung ohne das Ziel, das Empfängerland von China abhängig zu machen, (5) Förderung von billigen und schnell rentierlichen Projekten, (6) bestes Material zu Weltmarktpreisen und Ersatz bei Mängeln, (7) Mitlieferung von Ausbildungs- und Reparaturhilfe

und (8) chinesische Experten dürfen keinen besseren Lebensstandard genießen als die lokale Bevölkerung.

Der Haupterfolg des Besuchs Zhou Enlais bestand darin, daß ein Großteil der diplomatischen Front Taiwans nach dieser Visite zu bröckeln begann.

Vom 19.12.1982 bis 13.1.1983 kam ein weiterer chinesischer Ministerpräsident, Zhao Ziyang, nach Afrika und besuchte diesmal elf Länder, nämlich Ägypten, Algerien, Marokko, Guinea, Zaire, Congo-Brazzaville, Sambia, Zimbabwe, Tansania und Kenia sowie zusätzlich noch Gabun (ausführlich dazu C.a., Januar 1983, S.40-48). Während Zhou Enlais Reiseschwerpunkt hauptsächlich bei West- und Nordostafrika lag, verlagerte sich die Visite Zhaos nach Ost- und Zentralafrika; dies entsprach der historischen Entwicklung der chinesischen Afrikapolitik, deren Akzente zuerst auf Nordafrika gelegen hatten (enge Zusammenarbeit mit Präsident Nasser im Anschluß an Bandung, Annäherung an das monarchische Marokko, das sich damals bereits mit der algerischen Aufstandsbewegung solidarisiert hatte, und Anerkennung der Provisorischen Regierung der Republik Algerien am 24.9.1958); nach 1959 war die chinesische Afrikapolitik nach West- und Zentralafrika "gewandert", nachdem sich das Verhältnis zu Ägypten abgekühlt hatte. Im Zentrum des chinesischen Interesses stand nun Guinea, Congo-Leopoldville und Kamerun, vor allem aber, wie gesagt, Guinea.

Mitte der 60er Jahre hatten sich die Chinesen dann für die Region Ostafrika zu interessieren begonnen, nachdem ihr Engagement im Kongo und in Guinea wenig Erfolg gezeigt hatte.

Zhao Ziyang verkündete bei seinem Besuch "Vier Prinzipien": (1) Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, (2) Effizienz von Entwicklungsprojekten soll im Vordergrund stehen, (3) flexible Formen der Zusammenarbeit; keine Privilegien für die chinesischen Partner, (4) Hilfe zur Selbsthilfe.

In Kurzform ließen sich, wie Zhao betonte, all diese Einzelheiten in folgenden Schlagworten zusammenfassen: "Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, Betonung praktischer Ergebnisse, Vielheit bei der Durchführung und bei der Erreichung gemeinsamer Fortschritte" (XNA, 14.1.83).

Im Gegensatz zu Zhou Enlai konnte Zhao Ziyang nur noch einen einzigen Staat für diplomatische Beziehungen gewinnen, nämlich Angola.

Hatte Zhou Enlai mit seinem Ausspruch, daß Afrika reif sei für die Revolution, noch weithin Anstoß erregt, so hatte Zhao Ziyang Bemerkungen, die auch nur von Ferne an dieses Thema erinnern konnten, sorgfältig vermieden. Allerdings versprach er, daß die VRCh den Befreiungsbewegungen im südlichen und südwestlichen Afrika, nämlich dem ANC und der SWAPO, unter die Arme greifen wolle.

Der Besuch Yang Shangkuns führte zunächst in zwei Länder, die auch von Zhou Enlai und Zhao Ziyang besucht worden waren, also sozusagen in "diplomatisches Umland". Demgegenüber war die Visite in Côte d'Ivoire ein Novum.

Yang wollte gegenüber seinen beiden Vorgängern nicht zurückstehen und verkündete ebenfalls Sechs Prinzipien (RMRB, 13.7.92), nämlich (1) China unterstützt die Länder Afrikas bei der Bewahrung ihrer Souveränität und ihrer nationalen Unabhängigkeit. (2) China respektiert die politischen Systeme und die verschiedenen Entwicklungswege. (3) China unterstützt die Bemühungen der Länder Afrikas um Einheit und um Zusammenarbeit sowie beim Abbau gegenseitiger Konflikte. (4) China unterstützt die Weiterentwicklung der OAU. (5) China wünscht, daß die afrikanischen Länder aktiv an den internationalen Angelegenheiten gleichrangig teilnehmen und daß sie an der Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung auch weiterhin mitarbeiten. (6) China möchte die Beziehungen zu den afrikanischen Staaten auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz weiterentwickeln.

Liest man die Erklärungen von Zhou Enlais, Zhao Ziyangs und Yang Shangkuns hintereinander, so hat man den Eindruck, daß sie immer nichtssagender und unverbindlicher werden. Tendenzen eines ständig zunehmenden Ritualismus haben sich inzwischen schon bei mehreren Staatsbesuchen Yang Shangkuns beobachten lassen! Mit der an allen drei Besuchsorten wiederholten Versicherung, daß "China noch engere Beziehungen zu den

Ländern Afrikas" wünscht (vgl. z.B. XNA, 12.7.92), hat wohl kaum ein Gastgeber etwas anfangen können!

Ebenso ritualistisch war die Aufforderung Yangs an die südafrikanische Regierung, eine "weise und pragmatische Politik" einzuschlagen (so die Erklärung Yangs in Abidjan, XNA, 12.7.92).

Auch die Abschlußerklärungen Yangs waren nicht sehr viel konkreter: Sein Besuch sei "erfolgreich" gewesen, hieß es (XNA, 12.7.92). Offensichtlich hielt er es nicht für nötig, die Gründe für diesen Erfolg im einzelnen aufzuzählen. Sogar die Floskel, daß durch den Besuch "das Verständnis und die Freundschaft" zwischen China und den besuchten Staaten zugenommen habe, läßt sich in den Erklärungen diesmal nicht finden.

Immerhin wurden im Beisein Yang Shangkuns einige Abkommen unterzeichnet, so z.B. zwei Abkommen in Côte d'Ivoire für wirtschaftliche, finanzielle und Planungshilfe und für den Bau eines Theaters (XNA, 11.7.92).

Zu Abkommen mit bescheidenen Hilfsversprechen war es auch in Marokko und Tunis gekommen, so soll z.B. an Marokko eine chinesische Entwicklungshilfe in Höhe von 5,5 Mio. US\$ geleistet werden (XNA, 1.7.92).

Seit geraumer Zeit beobachtet die VR China mit wachsendem Unbehagen, wie 40 der 46 Subsaharastaaten - die meisten davon gehören zu den ärmsten Ländern der Welt - mit politischen Systemen westlichen Musters nach US-amerikanischem oder französischem Vorbild "liebäugeln" - zumindest war dies die Aussage des Mitte 1992 erschienenen Jahresberichts des Londoner International Institute for Strategic Studies. Der Reformwind sei Anfang 1989 im westafrikanischen Benin aufgekommen und habe beständig an Stärke zugenommen, bis er schließlich fast alle Subsaharastaaten erfaßte. 1991 erreichte er seinen Höhepunkt, als Gabun, Kongo, Mali, die Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Niger, Togo, Zaire, Mozambique, Angola, Sao Tomé und Príncipe, Cap Verde, Äthiopien, Somalia, Ghana, Burkina Faso, Sambia und Kenia sich zum politischen Pluralismus zu bekennen begannen.

Mitursächlich hierfür sei offensichtlich die Hoffnung gewesen, durch die Hinwendung zum Mehrparteiensystem und durch Zulassung Dutzender von Parteien das Wohlwollen des IMF und der Weltbank auf sich zu ziehen.

Die chinesische Seite macht darauf aufmerksam, daß die gegenwärtige Begeisterung für Mehrparteiensysteme dem brennenden Verlangen der Afrikaner nach einem besseren Leben entspreche. Doch Parteienvielfalt allein mache noch keine Demokratie aus. Wonach gesucht werden müsse, sei eine "Demokratie afrikanischer Prägung". Yang Shangkun hat dieses Thema mehrere Male angesprochen (BRu 1992, Nr.30, S.11-13). -we-

*(7)

China bricht diplomatische Beziehungen mit Niger ab

Nachdem die Regierung von Niger Mitte Juli beschlossen hatte, diplomatische Beziehungen mit Taipeh aufzunehmen, protestierte die chinesische Regierung am 30.Juli. Durch den Schritt Nigers werde das Gemeinsame Kommuniké zwischen beiden Staaten vom 20.Juli 1974, das bei der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen VRCh und Niger unterzeichnet worden war, verletzt (XNA, 31.7.92).

Niger ist der bisher 8.afrikanische Staat, der mit Taipeh (wieder) diplomatische Beziehungen unterhält. Angeblich hat Taiwan dem afrikanischen Staat 50.000 US\$ an Hilfe angeboten (AWSJ, 24. und 25.7.92).

Inzwischen hat die VRCh die diplomatischen Beziehungen zu Niger abgebrochen. -we-

*(8)

"Keine US-Kriegsgefangenen" in China

Während des Koreakriegs waren zahlreiche US-Soldaten in chinesische Gefangenschaft geraten.

Im Zuge der Suche nach lebenden Gefangenen oder aber nach "MIA"(missing in action)-Opfern hat Washington der VR China inzwischen eine Liste mit 25 im Koreakrieg vermißten ame-

rikanischen Soldaten überreicht, die sich möglicherweise auch heute noch in chinesischer Gefangenschaft befänden.

Inzwischen hat die chinesische Regierung der US-Regierung mitgeteilt, daß die amerikanischen Kriegsgefangenen immer strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt worden seien. Auch sei keiner der Gefangenen an ein drittes Land ausgeliefert worden. Sämtliche Soldaten seien vielmehr an die "Neutral Nations Repatriations Commission" überantwortet worden. 21 amerikanische Kriegsgefangene hätten für einen Verbleib in China optiert und seien in die Obhut des Chinesischen Roten Kreuzes übernommen worden. Im Laufe der Jahre hätten 18 dieser 21 Personen die VR China wieder verlassen. Zwei lebten nach wie vor in der Volksrepublik und einer sei 1954 gestorben (XNA, 11.7.92). -we-

Innenpolitik

* (9)

Stand der Vorbereitungen für den XIV. Parteitag der KPCh: Deng Xiaopings Vorstellungen setzen sich durch

Die Vorbereitungen für den XIV. Parteitag der KPCh, der im September 1992 stattfinden soll, scheinen bereits im Juni/Juli 1992 so weit gediehen zu sein, daß innerhalb der Parteiführung in wesentlichen personellen und programmatischen Fragen ein Kompromiß gefunden worden ist. Die Berichterstattung des ZK-Organs *Volkszeitung* und die Äußerungen verschiedener Spitzenpolitiker im Juni und Juli 1992 vermitteln den Eindruck, daß sich Deng Xiaoping mit seinen Positionen weitgehend durchgesetzt hat.

In seinen programmatischen Beschlüssen wird der Parteitag aller Wahrscheinlichkeit nach Dengs Entwicklungskonzept der "grundlegenden Linie der 'einen zentralen Aufgabe und der zwei grundlegenden Rahmenbedingungen'" bestätigen, das die wirtschaftliche Entwicklung zur "zentralen Aufgabe" der KPCh im kommenden Jahrhundert erhebt. Das durch die Re-

form- und Öffnungspolitik neu zu gestaltende Wirtschaftssystem wird auf dem Parteitag sehr wahrscheinlich die offizielle Bezeichnung "System der sozialistischen Marktwirtschaft" (shehui-zhuyi de shichang jingji tizhi) bzw. "Sozialistische Marktwirtschaft" (shehui-zhuyi shichang jingji) erhalten (DGB, 5.7.92; Jiang Zemin, nach DGB, 24.7.92; Wan Li, in RMRB, 2.7.92). Die Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Öffnung und die Errichtung von Wirtschaftssonderzonen dürfte nach der überraschenden öffentlichen Zustimmungsbekundung von Chen Yun von Ende Juli vom Parteitag erneut als "korrekt" bestätigt werden (Chen Yun, in RMRB, 23.7.92).

In bezug auf die personellen Beschlüsse des Parteitags scheint sich die Parteiführung bereits auf folgende Punkte geeinigt zu haben:

- Jiang Zemin wird als ZK-Generalsekretär bestätigt.

- Die meisten älteren und/oder unzureichend reformorientierten Politiker scheiden aus dem Politbüro aus, d.h. Yang Shangkun, Qin Jiwei, Wu Xueqian, Yao Yilin, Song Ping und Li Ximing. Offen scheint noch, ob Wan Li und Li Tieying im Politbüro verbleiben.

- An ihre Stelle sollen nur jüngere und erfolgreiche Reformkräfte sowie loyale Militärführer ins neu zu wählende Politbüro aufrücken. Die besten Chancen scheinen hierfür Ding Guan'gen (bisher schon Politbüro-Kandidat), Yang Baibing, Wen Jiabao, Zou Jiahua, Zhu Rongji, Qian Qichen und Liu Huaqing zu haben. Weitere Kandidaten sollen Song Jian, Chen Xitong, Wu Bangguo, Xie Fei, Tan Shaowen, Wang Zhaoguo, Hu Qili (sic!), Hu Jintao, Chen Jinhua und Quan Shuren sein. Aufstiegschancen werden auch Generalstabschef Chi Haotian und dem Shandong-Gouverneur Zhao Zihao nachgesagt.

- Die Zentrale Beraterkommission wird aufgelöst. (Zhengming, August 1992, S. 9-12; Guangjiao Jing, Juli 1992, S. 9)

Im Juli/August 1992 finden - wie alljährlich üblich - eine Reihe von politischen Spitzentreffen im Prominenten-Seebad Beidaihe im Nordosten Chinas

statt, die in diesem Jahr im Zeichen des bevorstehenden XIV. Parteitags der KPCh stehen und der weiteren Vorbereitung dieses Ereignisses dienen. -sch-

*(10)

Deng Xiaoping: Grundlegende politische Wende konnte vereitelt werden

Deng Xiaoping scheint mittlerweile vom Erfolg seiner politischen Großoffensive zu Beginn dieses Jahres überzeugt: In einem Brief an das Politbüro soll sich Deng zufrieden darüber geäußert haben, daß die nach dem "politischen Zwischenfall vom Frühjahr/Sommer 1989" und nach dem Moskauer Putsch von August 1991 unternommenen Versuche "linker" Kräfte, den Klassenkampf anstelle der Wirtschaftsentwicklung wieder zur zentralen Aufgabe der KPCh zu machen, vereitelt werden konnten (Zhengming, August 1992, S. 8).

Dieser politische Erfolg ist im wesentlichen das Werk Dengs und seiner engsten Mitarbeiter, denn hätte der 87jährige nicht Anfang des Jahres die politische Initiative gegen die orthodoxen Kräfte ergriffen, würden ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und andere profillose Politiker wahrscheinlich noch heute zwischen den verschiedenen politischen Positionen hin- und herschwanken und keine klare Linie vertreten, wie sie dies bis zu Dengs Reformoffensive getan hatten. Deng forderte deshalb im Juni und Juli 1992 Jiang Zemin und andere Politbüromitglieder wiederholt zu mehr Mut und Gradlinigkeit auf:

- "Merkt Euch, daß Ihr bei der Beseitigung von Obstruktionen innerhalb oder außerhalb der Partei mit Entschlossenheit vorgehen müßt und nicht zaudern dürft. Ihr müßt die zentrale Aufgabe entschlossen in Angriff nehmen und ausführen und dürft davon nicht abweichen. Nur dann kann unsere Sache vorange- trieben werden." (Ebenda)

- "Ihr dürft keine ideologischen Bedenken haben und Euch nicht ständig davor fürchten, politische Linienfehler zu begehen. Worüber ich mir Sorgen mache, ist, daß Ihr Angst habt, Fehler zu begehen und andere vor den Kopf zu stoßen, und daß Ihr Euch ideologisch nicht befreien könnt." (Ebenda)